



EZB vor Zinsschritt? Schnabel sieht nach Ölpreisschock Handlungsbedarf

Ute Pappelbaum

EZB-Direktorin Isabel Schnabel signalisiert eine Zinserhöhung im Juni. Der Ölpreisschock nach dem Irankrieg verschärft den Zielkonflikt zwischen Inflation und Wachstum.

Der Ölpreisschock verändert die geldpolitische Lage grundlegend

Der Hintergrund ist ein klassischer negativer Angebotsschock. Die Energiepreise steigen nicht wegen überhitzter Nachfrage, sondern wegen geopolitischer Verwerfungen und beschädigter Lieferketten. Genau darin liegt die geldpolitische Sprengkraft. Denn anders als bei nachfragegetriebener Inflation kann die EZB den eigentlichen Auslöser nicht bekämpfen. Höhere Zinsen fördern weder Ölproduktion noch Transportkapazitäten. Sie verteuern lediglich Finanzierung, Investitionen und Konsum.

Trotzdem wächst der Handlungsdruck auf die Notenbank. Mit drei Prozent Inflation liegt der Euroraum wieder deutlich über dem Zielwert. Vor allem aber droht ein zweiter Effekt, den die EZB inzwischen stärker fürchtet als den eigentlichen Energiepreisschub: die Verankerung höherer Inflationserwartungen. Sobald Unternehmen dauerhaft höhere Kosten einkalkulieren, Gewerkschaften höhere Löhne fordern und Finanzmärkte steigende Preisniveaus

antizipieren, verliert die Zentralbank ihre wichtigste Ressource – Glaubwürdigkeit.

Warum die EZB trotz schwacher Konjunktur straffer werden könnte

Genau deshalb markiert Schnabels Aussage mehr als nur einen Hinweis auf die Juni-Sitzung. Sie signalisiert eine strategische Verschiebung innerhalb der EZB. Nach Jahren extrem lockerer Geldpolitik und einer langen Phase, in der externe Preisschocks weitgehend toleriert wurden, priorisiert die Notenbank nun sichtbar ihre Inflationsbekämpfung – selbst auf Kosten der Konjunktur.

Das ist ordnungspolitisch konsequent, ökonomisch aber riskant. Denn der Euroraum startet nicht aus einer Phase der Überhitzung in diese neue Straffungsrunde, sondern aus struktureller Schwäche. Das Wachstum lag im ersten Quartal nur noch bei 0,1 Prozent. Industrieproduktion, Kreditnachfrage und Investitionen zeigen bereits Brems Spuren. Eine weitere Zinserhöhung wirkt deshalb nicht mehr primär dämpfend auf Nachfrageexzesse,

sondern zunehmend prozyklisch auf eine ohnehin fragile Wirtschaft.

Der eigentliche Konflikt liegt zwischen Stabilität und Wachstum

Damit verschärft sich ein Grundproblem europäischer Geldpolitik: Die EZB muss ein Inflationssignal bekämpfen, dessen Ursachen außerhalb ihres direkten Einflussbereichs liegen, während zugleich die fiskalischen Spielräume vieler Mitgliedstaaten begrenzt bleiben. Der politische Druck steigt dadurch auf mehreren Ebenen gleichzeitig. Regierungen verlangen Wachstumsimpulse, Unternehmen Planungssicherheit und Kapitalmärkte geldpolitische Härte.

Besonders heikel ist dabei die Signalwirkung für Investitionen. Dauerhaft höhere Energiepreise kombiniert mit steigenden Finanzierungskosten verändern die Kalkulation ganzer Branchen. Energieintensive Industrien verschieben Investitionen, Immobilienmärkte verlieren weiter an Dynamik und kreditabhängige Geschäftsmodelle geraten unter Druck. Der Preisschock wird damit nicht nur zum Inflationsproblem, sondern zunehmend zu einem Standortproblem Europas.

Europas Wirtschaft gerät in eine neue Unsicherheitsphase

Die eigentliche Bruchlinie verläuft deshalb nicht zwischen Inflation und Wachstum, sondern zwischen kurzfristiger Stabilisierung und langfristiger Wettbewerbsfähigkeit. Die EZB versucht, ihre geldpolitische Glaubwürdigkeit zu verteidigen. Gleichzeitig riskiert sie, die Investitionsschwäche des Euroraums weiter zu vertiefen. Genau darin liegt die strukturelle Dimension dieses Konflikts.

Schnabel beschreibt damit letztlich das Dilemma moderner Zentralbanken in geopolitischen Krisenzeiten: Geldpolitik soll Preisstabilität sichern, obwohl Inflation zunehmend aus geopolitischen Fragmentierungen, Energieabhängigkeiten und gestörten Lieferketten entsteht. Je häufiger solche externen Schocks auftreten, desto geringer wird die Wirksamkeit klassischer Zinspolitik – und desto größer die Gefahr, dass Notenbanken zwischen Glaubwürdigkeitsverlust und Wachstumsbremse zerrieben werden.

Quelle: Reuters, 26. Mai 2026: „ECB should raise rates in June, even if Iran peace deal is struck, Schnabel says“

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4950012/ezb-vor-zinsschritt-schnabel-oelpreisschock-handlungsbedarf/>